

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 27. Januar 2025
Kantonsratspräsident Zehnder Ferdinand

A 346 Anfrage Pardini Gianluca und Mit. über die Mitsprache des Parlaments bezüglich der Luzerner Höhenklinik Montana (LHM) / Gesundheits- und Sozialdepartement

Die Anfrage A 346 wurde auf die Januar-Session hin dringlich eingereicht.
Der Regierungsrat lehnt die dringliche Behandlung ab.
Gianluca Pardini hält an der Dringlichkeit fest.

Gianluca Pardini: Der geplatzte Verkauf der Luzerner Höhenklinik Montana (LHM) und die daraus resultierenden Rechtsunsicherheiten haben aus unserer Sicht ein aussergewöhnlich hohes politisches Gewicht. Dies betrifft nicht nur die Gesundheitsversorgung und die Arbeitsplatzsituation, sondern es wurden auch schwerwiegende Vorwürfe bezüglich des Managements und der strategischen Ausrichtung der Luzerner Kantonsspital AG (LUKS AG) geäussert. Schon allein die Öffentlichkeit darf erwarten, dass der Kantonsrat jetzt auch rasch Stellung nehmen kann und die Antworten auf die drängenden Fragen liefert werden. Der zweite Grund ist aber auch die Unaufschiebbarkeit des Anliegens. Alles, was die LHM betrifft und wie es weitergehen soll, vor allem, wenn der weitere Verkaufsprozess und die damit verbundenen rechtlichen Unsicherheiten immer noch bestehen, und auch die politische Willensäusserung kann nicht länger ungeklärt bleiben. Insbesondere können wir als Kantonsrat einen möglichen Entscheid über den Verkauf oder eben eine Schliessung in dieser Position nicht mehr weitergestalten. Wir werden allenfalls auch nicht mehr mit einbezogen, wenn in dieser Frage kein Geschäft mehr traktandiert wird. Sollte also das Anliegen in einer späteren Session behandelt werden, so besteht das Risiko, dass die politische Einflussnahme durch den Zeitablauf unmöglich und damit gegenstandlos wird. Es ist also wichtig, dass wir die Diskussion jetzt führen und damit garantieren können, allenfalls auch weitere parlamentarische Schritte aufzunehmen oder einzuleiten. Ich bitte Sie, die Dringlichkeit zu unterstützen.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektorin Michaela Tschor.
Michaela Tschor: In den vergangenen Wochen und Monaten wurde intensiv an der Zukunft der LHM gearbeitet. Anlässlich der vergangenen Session habe ich Ihnen ausgeführt, welche drei Optionen geprüft werden sollen und wer diese Prüfungsaufgaben wahrnimmt. Auch habe ich Ihren Rat informiert, dass die zuständigen Kommissionen regelmässig informiert werden, sofern es Neuigkeiten zum Verhandlungsstand gibt. Für die dem Gesundheitsdepartement zugeordnete Kommission Gesundheit, Arbeit und soziale Sicherheit (GASK) wird dies der Fall sein, und zwar am 10. Februar 2025. Ich habe Verständnis dafür, dass die Zukunft der LHM bewegt und auch interessiert, nicht nur die Bevölkerung, sondern

auch mich und die gesamte Regierung. Es ist uns ein grosses Anliegen, dass für die LHM eine nachhaltige Lösung gefunden wird. Was genau diese beinhaltet, ist Bestandteil dieser sorgfältigen Analyse. Ich erlaube mir eine Bemerkung: Wenig Verständnis habe ich hingegen, wenn in den Medien Einzelmeinungen verbreitet werden, mit denen haltlose Schuldzuweisungen vorgenommen werden. Dies schafft weder Vertrauen bei den Mitarbeitenden der LHM noch bei potenziellen Käuferschaften. Die entsprechenden, aktuell laufenden Arbeiten, die benötigen Zeit. Zum Zeitpunkt der aktuellen Session können wir ihrem Rat noch keine weiteren Informationen geben als jene, die bereits bekannt sind. Ich danke Ihnen daher für ihr Verständnis. Wie bereits ausgeführt, wird die zuständige Kommission GASK anlässlich der Sitzung vom 10. Februar 2025 über den aktuellen Stand der Arbeiten direkt durch das LUKS informiert. Den Kantonsrat können wir in der nächsten Session entsprechend informieren, nachdem sich selbstverständlich auch der Regierungsrat im Vorfeld ein umfassendes Bild machen konnte. In diesem Sinn besteht zum aktuellen Zeitpunkt keine Situation, die einen Aufschub nicht möglich machen würde. Vor diesem Hintergrund erachten wir die Dringlichkeitskriterien als nicht gegeben und beantragen, die Anfrage als nicht dringlich zu behandeln.

Der Rat lehnt die dringliche Behandlung mit 61 zu 55 Stimmen ab. Die nötige Zweidrittelsmehrheit wurde nicht erreicht.